

2020/4/1: Alich/Maninger

Corona als Konfliktbeschleuniger?

Realistische Implikationen im Kontext der globalen sino-amerikanischen Rivalität

Holger Alich/Stephan Maninger

Vom Ende der 1970er-Jahre an war der wirtschaftliche Aufstieg Chinas eine der Konstanten der internationalen Politik. Seit den Anfängen der internationalen Beziehungen ist indes die Gefahr ungezügelter Machtverschiebungen bekannt. Schon im fünften, vorchristlichen Jahrhundert wurde der Peloponnesische Krieg der beiden griechischen Führungsmächte Athen und Sparta, wie der vielleicht erste Realist der Weltgeschichte, Thukydides, in seinem entsprechenden Standardwerk festgehalten hat, maßgeblich durch die Furcht der spartanischen Hegemonialmacht vor dem unaufhaltsam und bedrohlich erscheinenden Aufstieg Athens mit bedingt und ausgelöst. Der US-amerikanische Politikwissenschaftler Graham Allison hat die uralte historische Gewissheit, dass herrschende imperiale Systeme nur höchst ungern ihren Erben weichen, auch im Zusammenhang mit der Großmacht Konkurrenz Washingtons und Pekings wieder aufgegriffen. Dass die gegenwärtige Krise um das Covid-19 Virus zumindest das Potenzial hat, die herrschende Struktur des internationalen Systems heftig durcheinanderzuwirbeln, ist angesichts der massiven wirtschaftlichen Einbußen aller modernen Volkswirtschaften unstrittig. Problematisch im Hinblick auf die Verteilung der Machtressourcen im internationalen System erscheint eher die Frage, welcher der Machtpole am Ehesten in der Lage ist, seine reguläre Produktion wiederaufzunehmen, finanzielle wie menschliche Verluste zu begrenzen und etwaige, sich auftuende Schwächen seiner Rivalen auszunutzen. Paradoxiere Weise könnten sowohl ein abrupter chinesischer Kollaps, als auch eine Fortsetzung des relativen wirtschaftlichen und damit unvermeidbar politisch-militärischen Bedeutungszuwachses der VR-China zu einer Verschärfung der latenten Konfrontation mit der von den Vereinigten Staaten geführten regionalen wie weltweiten Ordnung führen. Neorealisten in den Theorien der internationalen Beziehungen pflegen in der Regel aus einer Art „Vogelperspektive“ die Verschiebung der Machtverhältnisse zu beobachten, um Schlussfolgerungen in Bezug auf die resultierende Stabilität oder Instabilität, bzw. auf die „balance of power“ zu ziehen. Der Begründer des Neorealismus, Kenneth Waltz, machte dabei die Kriegsanfälligkeit des internationalen Systems von der Verteilung der Machtressourcen abhängig und glaubte nach dem Zusammenbruch der UdSSR an eine nur sehr kurze hegemoniale Übergangsphase, die unweigerlich in „imperialer Überdehnung“ und antihegemonialer Gegenmachtbildung enden müsse. Über allen Erwägungen schwebt die Frage, inwieweit sich das Virus mit seinen jetzt schon gewaltigen ökonomischen Folgeerscheinungen auf die Perspektive eines „Chinesischen Jahrhunderts“ auswirken könnte.

Optimistische Ansätze über die friedenserhaltende Wirkung der „komplexen Interdependenz“ oder des „kommerziellen Liberalismus“ versprechen ein Eigeninteresse des chinesischen Parts an der Aufrechterhaltung der liberalen Weltordnung des Freihandels. Eine solche Sichtweise verkennt drei Dinge:

1. Die Volksrepublik China ist kein beliebiger, gewöhnlicher Staat. Es handelt sich um eine Einpartei-Diktatur. Solange die KPCh regiert, wird sie sich gegen jeden echten oder angeblichen Versuch ihre Herrschaft zu bedrohen zur Wehr setzen. Kontrolle der Auslandsdiaspora, Propaganda und Spionage sind dabei nur ein Teil des umfangreichen Repertoires des von der KPCh praktizierten Ansatzes des „unrestricted warfare“. Ein Systemwechsel scheint daher weiter unwahrscheinlich.
2. Im Lauf der Geschichte stiegen immer wieder neue Mächte auf. Es kann aber „nur eine Sonne am Firmament“ geben. Die beiden einzigen, friedfertigen Stabwechsel seit Beginn der Frühen Neuzeit (1492) waren von großer kultureller wie politischer Ähnlichkeit der jeweiligen Kontrahenten geprägt. Das katholische Königreich Spanien löste am Ende des 15. Jahrhunderts das katholische Königreich Portugal als westeuropäische und atlantische Führungsmacht ab. Die liberalen und protestantischen Vereinigten Staaten im letzten Drittel des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts das liberale und protestantische Vereinigte Königreich. Nichts Vergleichbares kann über das „Arsenal der Demokratie“ und das „Reich der Mitte“ gesagt werden.
3. Die Prognosen des Realismus haben auch in der momentanen Krise eine neuerliche Bestätigung gefunden. Institutionen wie EU oder UNO spielen eine untergeordnete Rolle. Zentrale sicherheitspolitische Bezugsgröße bleibt der souveräne Nationalstaat, der seine Interessen verfolgt. Das wichtigste Einzelinteresse und die Grundlage für jedes andere Ziel ist die nationale Sicherheit. Während sich weite Teile der westlichen Politikelite einem tragischen Realitätsverlust hingegeben haben, weiß die Führung der KPCh um ihre Chancen und Risiken.

Die westliche Politik täte aber gut daran, die Welt endlich wieder so zu sehen wie sie ist, nicht wie sie sein sollte. Sie muss verstehen, dass die chinesische Staatspartei alles, was unsere individualistischen Gemeinwesen ausmacht nicht nur ablehnt, sondern als feindselige Bedrohung der eigenen Position begreift. Der Pazifik ist daher die längste Zeit der „Stille Ozean“ gewesen. Es kommen unruhige Zeiten auf ihn zu.

